

1417 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Unterrichtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 4. Juli 1975 betreffend eine Vereinbarung zwischen bestimmten Mitgliedsstaaten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Durchführung eines Spacelab-Programms samt Anlagen A und B

Auf Grund einer Einladung der amerikanischen Weltraumbehörde NASA an die Europäische Weltraumforschungs-Organisation sich am Post-Apollo-Programm zu beteiligen, haben sich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, die Schweiz und Spanien entschlossen, die Konstruktion des Weltraumlaboratoriums Spacelab gemeinsam durchzuführen. Ein entsprechendes Abkommen zwischen diesen Staaten und den Vereinigten Staaten wurde am 14. August 1973 unterzeichnet, welches die Republik Österreich nach seinem Beitritt zur vorliegenden Vereinbarung auch nachträglich signieren soll.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 8. Juli 1975 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 4. Juli 1975 betreffend eine Vereinbarung zwischen bestimmten Mitgliedsstaaten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Durchführung eines Spacelab-Programms samt Anlagen A und B, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 8. Juli 1975

Dr. F u c h s  
Berichterstatter

Hofmann-Wellenhof  
Obmann